

Schweiz

Eine Debatte ohne Ende

Am 3. März kommt die Abzocker-Initiative von Thomas Minder zur Abstimmung. Der Streit um überrissene Managerlöhne und goldene Fallschirme setzte in der Schweiz vor zehn Jahren ein, als ein ABB-Manager eine riesige Abgangsschädigung erhielt. Weder die Minder-Initiative noch der indirekte Gegenvorschlag können am Problem der Abzockerei viel ändern. *Von Gordana Mijuk*

Drei Bodyguards in Anzug und Krawatte stürzten sich auf den UBS-Kleinaktionär und zertrümmerten ihn von der Bühne. Dabei hatte er dem Präsidenten der Grossbank, Marcel Ospel, bloss eine Ausgabe des Obligationenrechts überreichen wollen.

Die tumultartige Szene an der UBS-Generalversammlung am 27. Februar 2008 sollte in die Geschichte eingehen. Der Kleinaktionär war Thomas Minder, Unternehmer aus Neuhausen am Rheinfluss, der mit seiner Trybol AG in der dritten Generation Mundwasser und Kräuter-Zahnpasta herstellt. Am Tag vorher hatte er eine eidgenössische Volksinitiative eingereicht, mit der er Bezüge von überrissenen Löhnen, sogenannten Abzockern wie Marcel Ospel, das Handwerk legen will. Es war ein grosser Coup: Minder hatte es geschafft, die seit Jahren die Volksseelen bewegende Abzockerei in Teppichetagen auf die offizielle politische Agenda zu hieven. Bald würde sich das Parlament und später das Stimmvolk zum Thema äussern. Daran konnten weder Marcel Ospel noch dessen Bodyguards etwas ändern.

Weibel verzichtet auf Geld

Die Generalversammlung war auch deshalb ein Wendepunkt, weil nun klar war, dass die Zeit der grossen Profite in der Finanzindustrie definitiv vorbei war. Die Banken sassens tief im Sumpf der US-Hypothekenkrise. «Meine Herren Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder, Sie wollten die Nummer eins werden im Investment-Banking. Nun sind sie nominiert zum Versager-Team des Jahrhunderts», hatte Minder in seiner Rede der UBS-Führungsräte zugerufen. Die UBS verbuchte Milliardenabschreiber, stand am Rande des Abgrunds. Wenige Wochen später musste Ospel, der zu seinen besten Zeiten 26 Millionen Franken verdiente, die UBS verlassen.

Die Anfänge der Schweizer Abzocker-Geschichte waren verhältnismässig harmlos. Eine der ersten Debatten wurde 2001 über den publik gewordenen Lohn von SBB-Chef Benedikt Weibel geführt. Es ging um 720 000 Franken. Weibel verzichtete nach dem Aufschrei in der Bevölkerung auf einen Teil des Lohns.

In den Medien machten aber auch ganz andere Summen die Runde: In den Chefetagen von Banken, Versicherungen und der Pharmaindustrie vermutete man Bezüge in Millionenhöhe. Genau konnte es niemand sagen, die

Thomas Minder

Der Unternehmer hat die Abzockerei mit seiner Initiative praktisch allein auf die politische Bühne gehievt.



Vergütungen waren ein gut gehütetes Geheimnis. Auch die Aktionäre als Firmeneigentümer wussten nicht, was der Verwaltungsrat und das Management verdienten.

Der erste grosse Abzocker-Fall erschütterte die Schweiz 2002. Durch eine Indiskretion kam heraus, dass der ehemalige ABB-Chef Percy Barnevik ein Abgangspaket von 148 Millionen Franken erhalten hatte – eine unerhörte Summe. Die Entrüstung war riesig und entsprechend auch der Druck auf die Schweizer Wirtschaft, Gegenmassnahmen zu ergreifen. Die Schweizer Börse und der Wirtschaftsdachver-

Dominique Biedermann

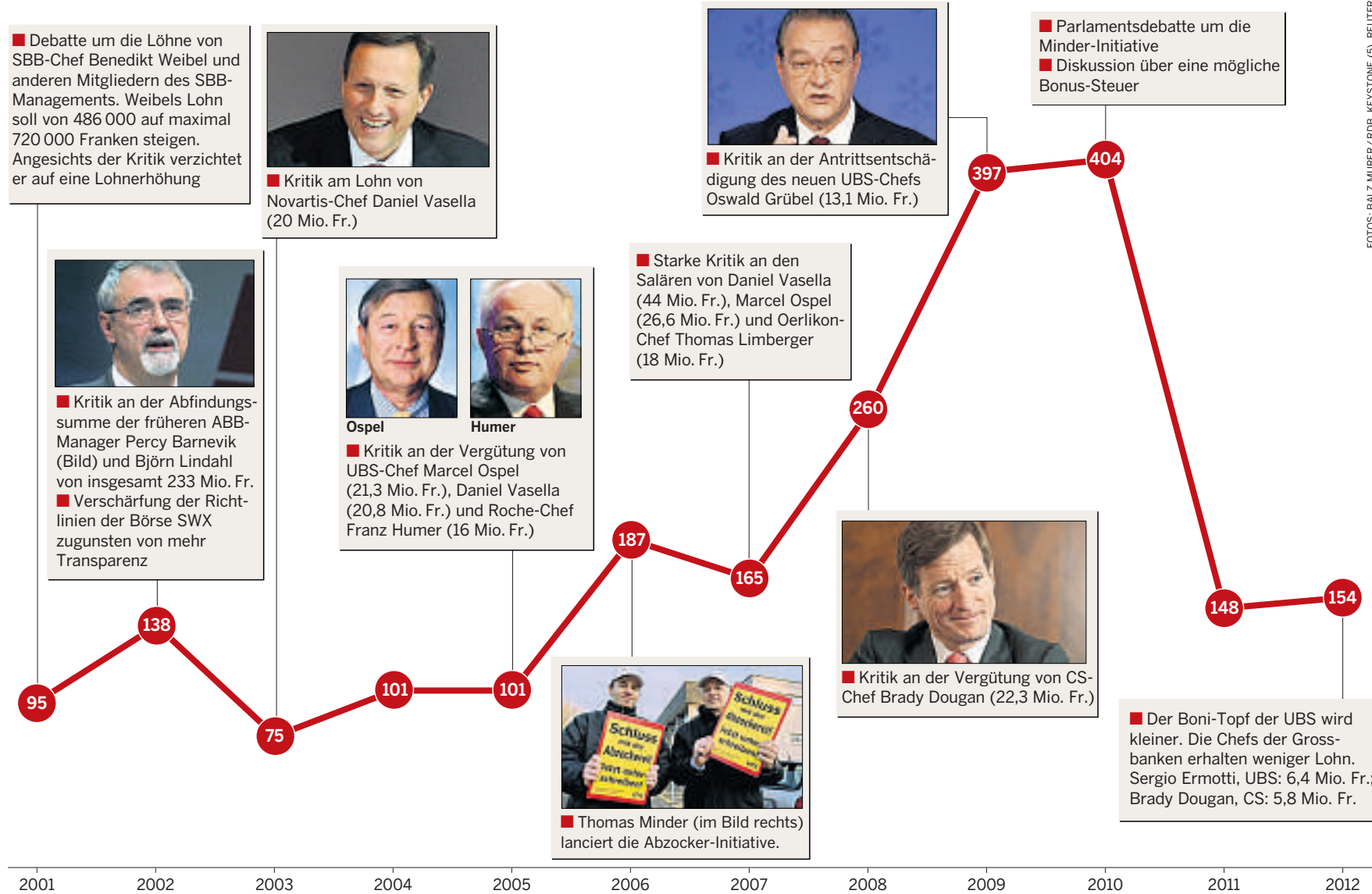
Der Direktor der Anlagestiftung Ethos will die Rechte der Aktionäre stärken. Minders Initiative lehnt er aber ab.



band Economiesuisse stellten freiwillig Transparenzregeln für Unternehmen auf, auch um strengere Gesetze zu verhindern. Ab 2002 lüfteten börsennotierte Firmen teilweise den Schleier, der bisher über den Gehältern der Chefetagen gelegen hatte. Zuerst enthielten sie im Geschäftsbericht die Gesamtschädigung der Führungsriege, dann kam der Bezug des bestverdienenden Verwaltungsrates hinzu, später auch jener des bestverdienenden Geschäftsleitungsmitglieds. Als 2003 die ersten transparenteren Geschäftsberichte publiziert wurden, erfuhr die Schweiz, dass Novartis-Chef Daniel

Die Fieberkurve der Abzocker-Debatte

Anzahl Artikel über «Abzocker» in den Zeitungen NZZ, «Tages-Anzeiger» und «Blick» pro Jahr, mit ausgewählten Beispielen



FOTOS: BALZ MURER / RDB, KEYSTONE (5), REUTERS

ANDREAS MEIER / FRESHFOCUS



Weil die UBS mit Staatsgeld vor dem Bankrott gerettet werden muss, fordern Jungsozialisten in Zürich von UBS-Managern die Rückgabe der Boni. (23. Oktober 2008)

Peter Forstmoser

Die Stärkung der Aktionäre führe nicht automatisch dazu, dass diese massvoll entschieden, sagt der Rechtsexperte.



Vasella über 20 Millionen Franken verdiente – das bis dahin höchste offen ausgewiesene Lohnpaket in Europa. Mit einem Salär von rund 15 Millionen Millionen folgte an zweiter Stelle der Basler Konkurrent, der damalige Roche-Chef Franz Humer. Ospel bezog 2002 12,5 Millionen Franken.

Mehr und mehr und mehr

Die verordnete Transparenz dämmte die Abzockerei nicht etwa ein, sondern bewirkte das Gegenteil. Vasellas Lohn wuchs in den nächsten vier Jahren auf über 40 Millionen Franken, jener von Ospel auf mehr als 26 Millionen. Anders als SBB-Weibel änderten die beiden Top-Manager trotz der Kritik ihre Lohnpolitik nicht. Die Leistung und der Markt bestimmten ihre Vergütungen, erklärten sie.

Die Wirtschaftsprofessorin Margit Osterloh hatte eine viel profanere Erklärung dafür, warum sich die Lohnspirale auf der Teppichetage ungebremst weiterdrehte: «Manager wollen in einer Status-Hierarchie möglichst weit oben angesiedelt sein. Deswegen kommt es weniger darauf an, ob man 10 oder 15 Millionen verdient. Wichtig ist, dass man mehr verdient als die Kollegen.» Der «Bilanz»-Chefredaktor Dirk Schütz schrieb in seinem Buch «Gierige Chefs – Warum kein Manager 20 Millionen wert ist», dass sich Vasella bei der Lohnfestsetzung von der damaligen amerikanischen Beratungsfirma Towers Perrin beraten liess, die detaillierte Zahlen über die Löhne der internationalen Konkurrenz von Novartis besass. «Towers Perrin war in den USA berüchtigt: Die Berater lieferten den Chefs die detaillierten Zahlen der Konkurrenz und förderten so die gigantische Aufschaukelung der amerikanischen Chefgehälter seit 1980.»

Im Zuge von Ospels und Vasellas Lohn stiegen auch die Vergütungen anderer Top-Manager. In eine neue Dimension stiess damals die Credit Suisse vor: Die Grossbank führte ein ausgeklügeltes langjähriges Bonus-Programm mit dem Namen «PIP-Unit» (Performance Incentive Plan) ein, das den Topmanagern Einnahmen von mehreren Dutzend Millionen Franken ermöglichte. «Die Falltüre zur

Hölle ist offen», klagte ein unbekannter Kleinaktionär an der darauffolgenden Generalversammlung. «Werdet normal, schraubt zugg!» Der Mann sprach der Schweiz aus der Seele, doch die Vertreter der Mehrheit der Aktionäre interessierte das nicht. Denn das Geschäft lief gut für die Bank. Die Abstimmungen an der Aktionärsversammlung fielen im Sinne von Verwaltungsrat und Management aus.

Schon lange war es nicht mehr nur die Linke, die sich empörte. Immer lauter wurden auch die kritischen Stimmen der Wirtschaft. Innerhalb der Economiesuisse kam es zum Eklat. Der damalige Berner Industrielle und FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann stellte 2006 die überrissenen Saläre an den Pranger. Sie gefährdeten den sozialen Frieden, sagte er. Die Vorwürfe seien populistisch und unverantwortlich, konterte Ospel umgehend.

In dieser angespannten Zeit begann Thomas Minder für seine Initiative Unterschriften zu sammeln. Das Timing war perfekt: Die Bevölkerung wollte, dass «endlich etwas gemacht

Darüber wird gestritten

Die wichtigsten Punkte von Initiative und Gegenvorschlag im Vergleich

Abzocker-Initiative

1. Die Generalversammlung stimmt jährlich bindend über die Gesamtsumme der Vergütungen für die Geschäftsleitung ab.
2. Die Generalversammlung wählt jährlich und einzeln die Verwaltungsratsmitglieder.
3. Die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrats erhalten keine Abgangs- oder andere Entschädigung.
4. Die Statuten regeln die Anzahl der Mandate der Mitglieder von Geschäftsleitung und Verwaltungsrat ausserhalb des Konzerns.
5. Widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Initiative werden mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren und einer Geldstrafe von bis zu sechs Jahreslöhnen bestraft.

Gegenvorschlag

- Der Entscheid über die Vergütung kann bindend oder nur konsultativ sein. Jede Firma legt in den Statuten fest, was gilt.
- Das Unternehmen kann in den Statuten festlegen, dass die Mitglieder nicht jedes Jahr neu gewählt werden müssen.
- Abgangsentschädigungen sind möglich, wenn dies im Interesse des Unternehmens liegt. Die Generalversammlung entscheidet darüber.
- Es gibt keine Regelung zur Anzahl der Mandate, dafür neu die Pflicht, sie offenzulegen.
- Es gibt keine Bestrafung bei Widerhandlungen.

► Fortsetzung Seite 27

Schweiz

Eine Debatte...

◀ Fortsetzung von Seite 25

wird». Und Minder machte «etwas», im Alleingang, ohne grosse Verbände oder Parteien. Die Wut trieb ihn an. Seine Firma hatte wegen des Swissair-Groundings viel Geld verloren. «Ich sass auf unbezahlten Rechnungen, während Swissair-Chef Mario Corti 12,5 Millionen Franken erhielt – vorab!»

Sanft und unnachgiebig

Die zweite grosse Figur im Kampf gegen exzessive Löhne und Machtballungen ist Dominique Biedermann, der Direktor der Anlagestiftung Ethos. Sachlich, mit sanfter Stimme, nicht laut und impulsiv wie Minder, focht er stets unbeirrt und unnachgiebig für sein Ideal einer guten Corporate Governance, also einer guten Unternehmensführung und einer ausgeglichenen Machtbalance innerhalb der Firma. Mit zunehmendem Erfolg: Der smarte Genfer scharte an Generalversammlungen ansehnliche Minderheiten hinter sich und sensibilisierte viele Verwaltungsräte für die Anliegen der Aktionäre. Dass in grossen Schweizer Firmen heute Doppelmandate, also die Personalunion von CEO und Verwaltungsratspräsident, so gut wie verschwunden sind, ist seine Leistung. Ethos hatte die Ämterkumulation bei der Credit Suisse Group, der Zurich Financial Services, bei Nestlé und Novartis angeprangert und dazu beigetragen, diese Machtballungen in Firmen abzuschaffen. Biedermann war es auch, der viele grosse



Die UBS-Führung verfolgt an der Generalversammlung 2007 die Rede von Dominique Biedermann, dem Direktor der Anlagestiftung Ethos. (18. April 2007)

«Das Grundproblem der überrissenen Managerlöhne ist ein gesellschaftliches, nicht ein aktienrechtliches.»

Schweizer Firmen dazu brachte, ihre Aktionäre bereits konsultativ über Vergütungsberichte und Vergütungssysteme abstimmen zu lassen.

Gegen manche Lohnexzesse war aber auch Biedermann machtlos. Deshalb entschied er sich, Minders Initiative zu unterzeichnen, um so Druck auf die Firmen aufzusetzen. Inhaltlich ging Biedermann die Initiative aber zu weit: «In keinem Land stimmt die Generalversammlung bindend über die Löhne der Geschäftsleitungen ab. Da kommen wir von einem Extrem ins andere.»

Ende der Exzesse?

Am 3. März stimmt das Volk über die Abzocker-Initiative ab. Ist nun der Moment gekommen, da die Lohnexzesse verunmöglicht werden? So, wie es sich

dies Minder und Biedermann wünschen? Beide Lager suggerieren, dass den exorbitanten Managerbezügen jetzt der Riegel geschoben wird.

Tatsächlich sehen jedoch weder die Initiative noch der Gegenvorschlag einen konkreten Riegel oder Höchstbetrag für Manager-Entschädigungen vor. Die Abzockerei soll indirekt verhindert werden: Beide Vorlagen wollen den Aktionären mehr Rechte geben und so verhindern, dass der Verwaltungsrat den Managern exorbitante Löhne zuschanzen kann. Doch werden die Aktionäre die Manager bändigen?

«Ein Aktionär will eine gute Rendite. Der hohe Lohn des Managers ist ihm egal, solange die Rendite stimmt», sagt Susanne Blank von der Arbeitnehmerorganisation Travailsuisse.

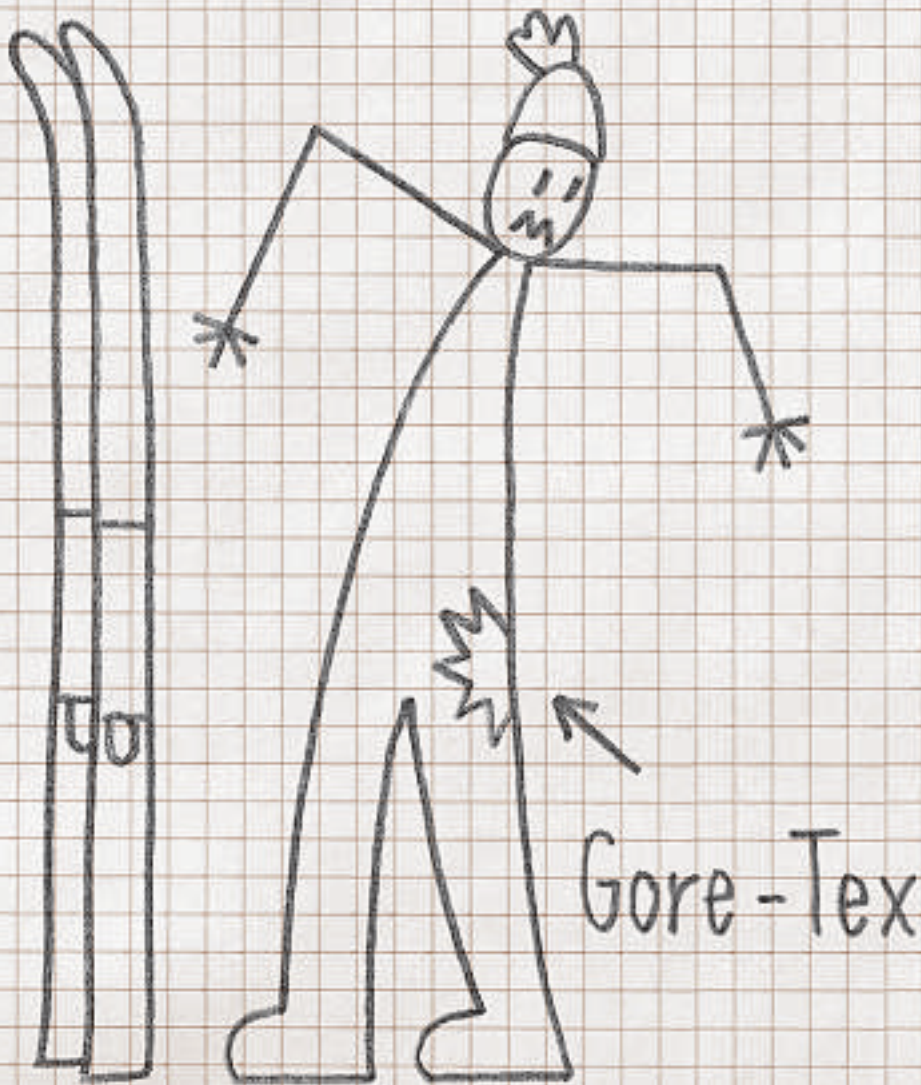
Kritisch sind nicht nur Gewerkschaften, sondern auch Aktienrechtler. «Das Grundproblem der überrissenen Managerlöhne ist ein gesellschaftliches, nicht ein aktienrechtliches», sagt Peter Forstmoser, emeritierter Aktienrechtsprofessor der Universität Zürich. Die Stärkung der Aktionäre führe nicht automatisch dazu, dass diese nun massvolle und vernünftige Entscheidungen treffen. «Aktionäre haben keine Loyalitätspflichten gegenüber der Aktiengesellschaft.»

Forstmoser schätzt, dass weder die Initiative noch der Gegenvorschlag die Aktionärsdemokratie wirklich stärken werden. «Grossaktionäre haben schon heute Einfluss auf den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung. Und Kleinaktionäre werden – wenn sie rational agieren – auch künftig mit den Füßen abstimmen und die Aktien an der Börse verkaufen.»

Wollen denn die Aktionäre überhaupt mehr Macht? «Das ist zu bezweifeln», sagt Alex Wagner vom Bankinstitut der Universität Zürich. Der Machtzuwachs bürde den Aktionären hohe Kosten auf und führe zu verzerrten Entscheidungen des Managements. Zudem würden die Aktionäre glauben, dass ein starker Verwaltungsrat besser geeignet sei, eine effiziente Vergütungspolitik festzulegen. Wagner stützt seine Thesen auf seiner Studie, die untersuchte, wie der Börsenkurs der 100-Top-Firmen auf die Einreichung der Abzocker-Initiative am 26. Februar 2008 reagierte. Das Ergebnis: Die Mehrheit der Firmen erlitt Verluste.

Die Abstimmung am 3. März wird die Geschichte der Abzockerei fortschreiben. Beenden wird sie diese nicht.

Schadenskizze



Wir helfen Ihnen rasch und unkompliziert aus der Patsche.
www.mobi.ch

Die Mobiliar
Was immer kommt

